

Merkblatt Ungelerntes Personal / Quereinsteiger in der Zahnarztpraxis

Dieses Merkblatt soll Zahnärztinnen und Zahnärzten in Baden-Württemberg eine Orientierung bieten, welche Regelungen und Bestimmungen hinsichtlich des Einsatzes von ungelerntem Personal und Quereinsteigern in der Zahnarztpraxis zu beachten sind.

Definition:

- **Ungelernte Hilfskräfte** = MitarbeiterInnen, die keine Ausbildung in einem medizinischen Beruf abgeschlossen haben
- **Quereinsteiger** = MitarbeiterInnen, die eine Ausbildung in einem anderen medizinischen Beruf (nicht Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r) abgeschlossen haben

1. Welche Aufgaben darf ungelerntes Personal / Quereinsteiger in der Praxis übernehmen?

Ein Anhaltspunkt für eine zulässige Delegation bietet § 1 Abs. 5 und 6 ZHG. Hier werden beispielhaft („insbesondere“) Tätigkeiten aufgezählt, die approbierte Zahnärztinnen/Zahnärzte an dafür qualifiziertes Personal mit abgeschlossener Ausbildung delegieren können.

Art, Inhalt und Umfang der Leistungsassistenz der nichtzahnärztlichen Mitarbeiter/innen hängen im Rahmen der differenzierten gesetzlichen Vorgaben von der objektiv und subjektiv überprüften Qualifikation der Fachangestellten ab, von der Art der Leistung und von Befund und Diagnose des konkreten Krankheitsfalles sowie von der Einwilligung des Patienten.

In der Praxis erfolgt die Delegation durch die Festlegung des jeweiligen Einsatzrahmens und durch Festlegung von internen generellen Delegationsanweisungen, ergänzt durch konkrete Anweisungen für den Einzelfall. Während des Einsatzes muss die Zahnärztin/ der Zahnarzt jederzeit für Rückfragen, für Korrekturen oder bei Komplikationen zur Verfügung stehen. Außerdem muss sie/ er im Rahmen ihrer/ seiner Überwachungspflicht Kontrollen durchführen.

Die delegationsfähigen Leistungen finden Sie im [Praxishandbuch](#) der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg unter „[www.lzk-bw.de / Praxishandbuch / 2. Qualitätssicherung in der Zahnarztpraxis / 2.20 Personal / 2.20.1 Personal in der Zahnarztpraxis](#)“.

Ungelerntes Personal / Quereinsteiger können nach Einweisung folgende Tätigkeiten in der Praxis ausüben:

1. Praxisverwaltung / administrativer Bereich, wie. z. B.
 - Unterstützung bei der Patientenbetreuung (z.B. Empfang, Terminvergabe)
 - Terminorganisation
 - Eingabe von Patientendaten sowie Abrechnung
 - Dokumentation von Behandlungsverläufen
2. Behandlungsassistenz, wie. z. B.
 - Assistenz bei zahnärztlichen Behandlungen unter Aufsicht
 - Vor- und Nachbereiten des Behandlungszimmers
 - ➔ Achtung: Der Begriff „Nachbereiten“ bezieht sich dabei auf den Transport der verwendeten Medizinprodukte vom Behandlungsraum in den Aufbereitungsbereich sowie auf die Entsorgung der während der Behandlung angefallenen Abfälle. Für die anschließenden Schritte der Aufbereitung ist das notwendige Fachwissen erforderlich.
3. Praxislabor, wie. z. B.
 - kleinere Laborarbeiten wie Ausgießen von Modellen usw.

2. Welche Aufgaben dürfen ungelerntes Personal / Quereinsteiger in der Praxis nicht übernehmen?

Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter ohne ZFA-Ausbildung dürfen keine Tätigkeiten gemäß § 1 Abs. 5 und 6 des Zahnheilkundengesetzes übernehmen, da Voraussetzung für diese Tätigkeiten eine abgeschlossene Berufsausbildung zur/ zum Zahnmedizinischen Fachangestellten ist.

Folgende Tätigkeiten sind beispielsweise nicht erlaubt:

- Herstellung von Röntgenaufnahmen*
- Grundlagenvermittlung häusliche Prävention: Mundhygiene, zahngesunde Ernährung und Fluoridierung
- Belaganfärbung, Erstellen von Mundhygieneindizes
- Entfernen von harten und weichen Zahnbelägen supragingival
- Oberflächenpolitur
- Fluoridierung mit Gelen und Lacken
- Fissurenversiegelung kariesfreier Fissuren
- Situationsabformungen
- Herstellung von Provisorien
- Entfernen von Klebe- und Zementresten
- Legen und Entfernen von Verbänden, Nahtentfernung

In der Kieferorthopädie sind insbesondere folgende Tätigkeiten nicht erlaubt:

- Vorauswahl und Anprobe von Bändern
- Befestigen von Bögen nach Eingliederung durch den Zahnarzt
- Ausligieren von Bögen

Röntgenaufnahmen (*)

Die technische Durchführung von Röntgenaufnahmen ist nur Personen mit einer abgeschlossenen medizinischen Ausbildung erlaubt. Dies ist in der Strahlenschutzverordnung (§ 145 Abs. 2 Ziffer 5) geregelt.

Die technische Durchführung von Röntgenaufnahmen kann daher auch von Personen vorgenommen werden, die eine sonstige medizinische Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben und die erforderlichen Kenntnisse im Strahlenschutz besitzen. Das kann z. B. für Medizinische Fachangestellte (MFA) zutreffen, wenn sie einen Grundkurs zum Erwerb der zahnärztlichen Kenntnisse im Strahlenschutz absolviert und diese spätestens alle 5 Jahre aktualisiert haben.

Aufbereitung von Medizinprodukten

Ungelerntes Personal / Quereinsteiger sind nicht befugt, Medizinprodukte aufzubereiten und freizugeben, da ihnen das erforderliche Fachwissen fehlt. Die Aufbereitung von Medizinprodukten umfasst dabei insbesondere folgende Aufgaben:

- Durchführung von Risikobewertungen
- Reinigung, Desinfektion, Spülung und Trocknung
- Überprüfung auf Sauberkeit und Unversehrtheit
- Pflege und Instandhaltung der Medizinprodukte
- Dokumentierte Freigabe der Medizinprodukte für die Anwendung und Lagerung
- Kennzeichnung der Produkte
- Verpackung und Sterilisation
- Durchführung von Funktionsprüfungen

Eine Aufbereitung und Freigabe von Medizinprodukten ist erst dann möglich, wenn eine fachspezifische Fortbildung, z. B. in Anlehnung an die Fachkunde-Lehrgänge gemäß den Qualifizierungsrichtlinien der [Deutschen Gesellschaft für Sterilgutversorgung e.V. \(DGSV\)](#) oder durch Fortbildungsangebote der Heilberufekammern, erfolgreich durchlaufen wurde. Informationen über den Fachkundelehrgang I finden Sie hier: [Fachkundelehrgang I der DGSV e. V.](#)

Bitte beachten: Für fachfremde Personen reicht die Teilnahme an den H1-H3 Kursen nicht aus. Diese Kurse sind den zahnmedizinischen MitarbeiterInnen und ZahnärztInnen vorbehalten und können ggf. erst greifen, wenn eine entsprechende fachspezifische Fortbildung in Anlehnung an die Fachkunde-Lehrgänge der DGSV erfolgt ist.

3. Notwendige Vorsorgeuntersuchungen

Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchung gemäß §§ 4 und 5 Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge Arbeitsmedizinische Vorsorge G 42 „Tätigkeiten mit Infektionsgefährdung“ Arbeitsmedizinische Vorsorge G 24 „Hauterkrankungen“

Bei der Einstellung von Mitarbeitern verlangen die Bestimmungen der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (ArbMedVV) je nach Tätigkeit eine arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchung, d. h. eine Erstuntersuchung vor Aufnahme der Beschäftigung, Nachuntersuchungen während dieser Beschäftigung, eine Abschlussuntersuchung bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses sowie eine nachgehende Untersuchung aus besonderem Anlass (z. B. bei vorliegender Nadelstichverletzung). Diese Untersuchungen darf nur ein Arzt durchführen, der berechtigt ist, die Gebietsbezeichnung „Arbeitsmedizin“ oder die Zusatzbezeichnung „Betriebsmedizin“ zu führen. Für Jugendliche ist zusätzlich eine Erstuntersuchung gemäß § 32 Abs. 1 JArbSchG durchzuführen.

Immunisierung

Technische Regel für Biologische Arbeitsstoffe TRBA 250 „Biologische Arbeitsstoffe im Gesundheitswesen und in der Wohlfahrtspflege“

Die TRBA 250 verpflichtet den Praxisinhaber zwingend, die Angestellten über die in Frage kommenden Maßnahmen zur Immunisierung (Hepatitis-B-Schutzimpfung) bei Aufnahme der Tätigkeit und bei gegebener Veranlassung zu unterrichten und zu informieren. Die im Einzelfall gebotenen Maßnahmen zur Immunisierung sind dabei im Einvernehmen mit dem Arzt, der die arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen durchführt, festzulegen. Die Immunisierung ist für die Beschäftigten kostenlos zu ermöglichen; sie kann evtl. von der Krankenkasse der Beschäftigten als Satzungsleistung übernommen werden. Die Forderung ist hinsichtlich der Unterrichtung erfüllt, wenn der Praxisinhaber die Beschäftigten in für sie verständlicher Form auf die verschiedenen Immunisierungsmethoden, insbesondere auf Zuverlässigkeit und Dauer der Schutzwirkung, und auf etwaige Komplikationsmöglichkeiten hinweist.

Masernschutzimpfung

Seit dem 01.03.2020 gilt eine Impfpflicht gegen Masern für Menschen in Gemeinschafts- und Gesundheitseinrichtungen. Das Gesetz für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention. Das Masernschutzgesetz sieht vor, dass Beschäftigte in medizinischen Einrichtungen wie (Zahn-) Arztpraxen, ambulanten Pflegediensten oder Krankenhäusern und die nach 1970 geboren sind, einen Nachweis erbringen müssen, dass sie entweder gegen Masern geimpft sind oder eine Immunität hiergegen aufweisen. Dieser Nachweis muss vor Beginn des Arbeitsverhältnisses erfolgen und kann durch die Vorlage des Impfpasses oder durch eine ärztliche Bescheinigung erbracht werden.

4. Externe ZFA-Prüfung

Die externe ZFA-Prüfung ist nach der 1,5-fachen Ausbildungszeit (4,5 Jahre) möglich.

Im Berufsbildungsgesetz unter § 45 Abs. 2 BBiG. Absatz 2 heißt es hierzu:

"Zur Abschlussprüfung ist auch zuzulassen, wer nachweist, dass er mindestens das Eineinhalbfache der Zeit, die als Ausbildungsdauer vorgeschrieben ist, in dem Beruf tätig gewesen ist, in dem die Prüfung abgelegt werden soll. Als Zeiten der Berufstätigkeit gelten auch Ausbildungszeiten in einem anderen, einschlägigen Ausbildungsberuf. Vom Nachweis der Mindestzeit nach Satz 1 kann ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn durch Vorlage von Zeugnissen oder auf andere Weise glaubhaft gemacht wird, dass der Bewerber oder die Bewerberin die berufliche Handlungsfähigkeit erworben hat, die die Zulassung zur Prüfung rechtfertigt. Ausländische Bildungsabschlüsse und Zeiten der Berufstätigkeit im Ausland sind dabei zu berücksichtigen."

Alle weiteren Informationen zum Ablauf der Anmeldung etc. erhalten Sie von Ihrer Bezirkszahnärztekammer. Die Ansprechpartner der jeweiligen Bezirkszahnärztekammern für den Bereich Zahnmedizinische Fachangestellte sind [hier](#) zu finden.